Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 4 M. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Pertirreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 299. [50. Jahrgang.] Donnerstag den 22. Dezember 1910. [50. Jahrgang.] Nr. 299.

Berlin, den 21. Dezember.

Rundschau im Auslande.

Das Endergebnis der englischen Wahlen.

London, 20. Dezember. Heute abend um 6 Uhr sind die Wahlen beendet worden, nachdem noch ein Liberaler, ein Anhänger Redmonds und ein Anhänger O'Briens gewählt worden waren. Die endgültigen Zahlen für die Gewählten sind 271 Liberale, 272 Unionisten, 43 Vertreter der Arbeiterpartei, 74 Anhänger Redmonds und 10 Anhänger O'Briens. Die Unionisten gewannen 28 und verloren 29 Sitze, die Liberalen gewannen 23 und verloren 26, die Arbeiterpartei gewann vier Sitze von den Unionisten und einen von den Liberalen, verlor aber drei Sitze. Die Anhänger Redmonds gewannen zwei Sitze von den Unionisten und drei von den Anhängern O'Briens, sie verloren zwei Sitze an die Anhänger O'Briens.

Das Parlament wird am 31. Januar zusammentreten. Die feierliche Eröffnung durch den König findet am 6. Februar statt.

* * *

London, 21. Dezember. Nach einer Meldung des Daily Telegraph ist Asquith, der als Gast Roseberys in Schottland weilte, gestern abend von Edinburgh abgereist, da ihn der König zu sich befohlen hat.

Der norwegische Flottenplan.

Christiania, 20. Dezember. Das Marinebudget sieht den Beginn des Baues eines neuen Torpedojägers und zweier Unterseeboote sowie die Vollendung des Unterseeboots Nr. 2 vor. Für Neubauten werden 3½ Mill. Kronen vorgeschlagen einschließlich der 2 Millionen, die das Storthing bereits im Vorjahre für Neubauten bewilligte. Die Verteidigungskommission hat einen Flottenplan ausgearbeitet, der den Bau von acht gepanzerten Küstenverteidigungsschiffen, sechs Torpedojägern, 40 Torpedobooten, 12 Unterseebooten, vier Kanonenbooten, einem Linienschiff und von einigen armierten Hilfsschiffen vorsieht.

Aus Spanien.

Madrid, 20. Dezember. Infolge der Debatten in der Deputiertenkammer über die Führung der Amtsgeschäfte des Munizipalrats in Barcelona, wo die Radikalen die Mehrheit haben, hat sich ein Bruch vollzogen zwischen den Gruppen der Radikalen und der Republikaner und Sozialisten.

Barcelona, 21. Dezember. Als gestern abend die Handeltreibenden und Industriellen eine Protestversammlung gegen die städtischen Steuern abhielten, veranstaltete eine große Volksmenge eine Kundgebung gegen die Teilnehmer an der Versammlung. Es kam zu einem Tumult, bei dem eine Schlägerei entstand. Die Menge durchzog darauf die Straßen und bewarf die Magazine, an denen Aufrufe gegen die Steuern angeheftet waren, mit Steinen. Gendarmeriepatrouillen zerstreuten die Manifestanten, von denen einer verwundet und mehrere verhaftet wurden. Die Manifestanten erklärten, es werde eine andere Versammlung und eine andere Kundgebung stattfinden. Um 1 Uhr Nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Der neue Präsident der Republik Chile.

Santiago (Chile), 21. Dezember. Der Nationalkongreß hat einstimmig Ramon Barros Luis für die nächste gesetzliche Periode von fünf Jahren zum Präsidenten der Republik proklamiert.

Aus China.

Mukden, 20. Dezember. Der Generalgouverneur der Mandschurei Hsi-liang hat auf seine Petition, betreffend schleunigste Eröffnung des Parlaments von der Regierung eine Antwort erhalten, worin diese es für unmöglich erklärt, den Thron zum Abänderung des früheren Edikts zu bitten. Gleichzeitig wird das Abschiedsgesuch Hsi-liangs abgelehnt.

Tientsin, 20. Dezember. Heute früh 5 Uhr zogen 2000 Studenten vor das Yamen des Vizekönigs und verlangten, der Vizekönig möge beim Thron die Petition wegen sofortiger Einberufung des Parlaments unterstützen. Sie erklärten, nicht eher weggehen zu wollen, als bis der Vizekönig das Versprechen gegeben habe, dies zu tun. Der Vizekönig willigte ein, die Angelegenheit der maßgebenden Stelle zu unterbreiten. Die Studenten verließen hierauf das Yamen und durchzogen die Stadt mit Bannern, welche die Inschrift trugen „Sofortiges Parlament!"

Japan und die Vereinigten Staaten.

New York, 20. Dezember. Wie der New York Tribune aus Washington gemeldet wird, schreiten die Verhandlungen über den neuen Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Japan und Amerika in befriedigender Weise fort. Das schwierigste Problem bietet die Zulassung japanischer Arbeiter.

Schuldentilgung in Japan.

London, 20. Dezember. Der hiesige japanische Finanzkommissar erhielt von seiner Regierung die Nachricht, es sei beschlossen worden, für die Tilgung der auswärtigen Schuld jährlich einen Teil des zur Tilgung der inneren Schuld ausgesetzten Betrages, der augenblicklich mit jährlich mindestens 50 Mill. Yen vorgesehen ist, zu benutzen. Für das Jahr 1911 werde zu diesem Zwecke eine Million Pfund Sterling bereitgestellt werden. Es bestehe die Absicht, diesen Betrag hauptsächlich zur Amortisation der 4½ proz. japanischen Staatsanleihen, die durch die Tabakzölle sichergestellt seien, zu verwenden.

Die Unruhen in Mexiko.

New York, 20. Dezember. Wie aus Chihuahua gemeldet wird, haben bei Malpaso zweitägige Kämpfe stattgefunden, bei denen Regierungstruppen und Aufständische schwere Verluste erlitten haben.

New York, 20. Dezember. Wie aus Chihuahua gemeldet wird, ist dort ein Zug mit verwundeten Regierungstruppen eingetroffen. Sie bestätigen die Meldung, daß der Zug, der am Sonnabend von dort mit 500 Mann Verstärkung für Navarro abging, in einem Gebirgspaß bei Pabernales von den Aufständischen stark beschossen und schwer beschädigt wurde. Nach amtlicher Feststellung wurden 21 Mann getötet und 42 verwundet, unter ihnen der Kommandeur Oberst Guyman; zehn Mann werden vermißt; die Verluste der Aufständischen sind unbekannt.

Aufruhr in Honduras.

Washington, 21. Dezember. Nach einer von dem amerikanischen Gesandten in Tegucigalpa (Honduras) im Staatsdepartement eingetroffenen Meldung hat der Oberst der Armee von Honduras Alvarado den Versuch gemacht, den Präsidenten Davila zu stürzen. Die Insurgenten wurden von den Regierungstruppen an der Grenze von San Salvador auseinandergesprengt. Ein Teil ist über die Grenze entkommen, unter ihnen Alvarado. Der Präsident von San Salvador Figueroa hat ihn aufgefordert, sich zu ergeben, und dem Ersuchen Davilas gemäß Truppen an die Grenze geschickt, um diese zu bewachen.

Kleinere politische Nachrichten.

Erzherzog Franz Ferdinand wird sich den bisherigen Dispositionen zufolge am 27. Dezember nach Budapest begeben, um als Vertreter des Kaisers Franz Josef am 29. Dezember die beiden Delegationen feierlich zu empfangen und die Thronrede zu halten. — Die Wiener Zeitung veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ackerbauministeriums, betreffend Verbot der Einfuhr von Rindvieh sowie von Klauenteren zu Zucht- und Nutzzwecken nach Österreich wegen der in der Deutschen Reich herrschenden Lungenseuche und Maul- und Klauenseuche. — Dem Petit Parisien wird aus London gerüchtweise gemeldet, im Wadaigebiet habe abermals ein Gefecht zwischen französischen Truppen und Eingeborenen stattgefunden; der Kampf sei langwierig und blutig gewesen. Der an Stelle des am 9. November gefallenen Oberstleutnants Moll mit dem Befehl über die Truppen in Zentralafrika betraute Oberst Largeau erklärte einem Berichterstatter, er werde außer zwölf Kompagnieen Senegalschützen noch die notwendige Reiterei und Artillerie zur Verfügung haben. Er werde die bereits eroberten Posten halten und in der Defensive bleiben.

Aus dem französischen Parlament.

Vertrauensvotum der Kammer für Briand.

Paris, 20. Dezember. In der Nachmittagssitzung beschäftigte sich die Kammer mit einem Antrag des Deputierten Fournier (unabhängiger Sozialist), betreffend die Wiederanstellung der entlassenen Eisenbahner.

Im Namen der Kommission für öffentliche Arbeiten erklärte Péchadre, daß die Kommission ungeachtet ihres Wunsches, den Eisenbahnern ihre Sympathie zu bezeigen, mit 16 gegen 9 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, daß die Frage der Wiederanstellung eine Frage der Regierungspolitik sei und sich den Kompetenzen der Kommission entziehe. Ich meine, erklärte Péchadre, daß der Antrag Fournier der Kommission nicht einmal hätte vorgelegt werden dürfen, was aber meine persönliche Ansicht betrifft, bin ich erstaunt, daß die Regierung sich nicht für verpflichtet gehalten hat, Beruhigungsmaßregeln zu ergreifen.

Brousse begründete unter großer Unruhe des Hauses einen Antrag, die Diskussion auszusetzen, bis der Dienst auf den Eisenbahnen wieder normal geworden sei. Die sozialistische Linke protestiere hiergegen. Colly (Geeinigter Sozialist) erklärte, der normale Zustand werde nicht wieder eintreten, solange nicht die entlassenen Angestellten, die die besten Beamten seien, wieder eingestellt sein würden. Der Antrag Brousse wurde mit 454 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Cecaldi forderte von der Regierung, daß alle Eisenbahner wieder eingestellt würden, die nicht an der Sabotage oder an Gewalttätigkeiten teilgenommen hätten.

Berteaux schilderte die traurige Lage der entlassenen Eisenbahner; er habe zwar immer dem Eisenbahnerstreik widerraten, heute stehe man aber einer vollendeten Tatsache gegenüber. Berteaux warf dem Ministerpräsidenten vor, sich nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, bei den Gesellschaften bemühend zu haben, um Konzessionen zu erlangen, die den Ausstand verhindert hätten. Briand habe auch das Schreiben der Vereinigung der Heizer und Lokomotivführer unbeantwortet gelassen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Zum Schluß seiner Rede forderte Berteaux die Regierung auf, Ruhe zu schaffen, indem sie für Wiederanstellung der Eisenbahner Sorge trage, die keine schwere Rede gefordert gelassen hätte.

Ministerpräsident Briand erklärte, auf den Staatsbahnen werde keine Entlassung aufrechterhalten werden, die nur wegen Teilnahme am Streik ausgesprochen worden sei. Die Eisenbahngesellschaften hätten versprochen, ebenso vorzugehen. Von einer allgemeinen Amnestie könne aber nicht die Rede sein, da man sonst Gefahr liefe, die Disziplin nachteilig zu beeinflussen. Die Gesellschaften könnten deswegen von der Regierung Rechenschaft fordern, wenn sie sie zur Wiederanstellung aller Beamten nötigte. Die Transportverzögerungen lägen nicht am allgemeinen bösen Willen, sondern am Streik, an der Unruhe und den Überschwemmungen. Die Regierung wolle einen weitgehenden sozialen Fortschritt. Um ihn zu erreichen, müsse sie Ordnung haben. Die Republikaner mögen sagen, ob sie gleichfalls Ordnung wünschen. Nur unter dieser Bedingung werde er im Amte bleiben. (Beifall auf vielen Bänken.)

Jaurès erklärte, der Wiederanstellung der Eisenbahner an den Staatsbahnen stehe nichts im Wege. Wenn der Staat ein Beispiel gebe, dann würden die anderen Gesellschaften folgen. Die Direktion der Nordbahngesellschaft sei in zwei Gruppen geteilt, eine katholische und eine jüdische. An der Spitze der jüdischen stehe Rothschild. Die Katholiken sollten sich mit dem Geiste sozialer Liebe erfüllen, der im Evangelium gepredigt werde. Was die Juden anlange, so könne man nicht verstehen, daß die großen Bankiers, die das Brot für 500 Eisenbahnerfamilien in ihren Händen hielten, sich nicht daran erinnerten, daß, wenn das Proletariat sich nicht vor 12 Jahren der wilden Niedrigkeit des Antisemitismus widersetzt hätte, die großen Juden wie Strohbalme im Sturm weggerissen worden wären. (Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Nicht für sie, sondern für Gerechtigkeit und Recht haben wir uns damals geschlagen, und die Eisenbahner fordern jetzt auch Gerechtigkeit Jaurès verlangte die Wiederanstellung aller Eisenbahner ohne Einschränkung.

Briand erklärte sich sodann mit einer von Rabier vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden, die von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt und ihr das Vertrauen ausspricht, daß sie beabsichtige, bei den Staatsbahnen eine Revision der Kündigungen mit Wohlwollen und Menschenfreundlichkeit vorzunehmen, und daß sie in diesem Sinne auch bei den Eisenbahngesellschaften vorgehen wolle. Darauf stellte Briand die Vertrauensfrage. Die Priorität der Tagesordnung Rabier wurde mit 383 gegen 143 Stimmen angenommen. Der Teil der Tagesordnung Rabier, der von den Regierungserklärungen Akt nimmt, wurde schließlich mit 425 gegen 80 Stimmen, der Teil, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 354 gegen 106 Stimmen, die gesamte Tagesordnung mit 405 gegen 90 Stimmen angenommen.

* * *

Paris, 20. Dezember. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf betreffend die Ruhegehälter der Eisenbahnangestellten vorbereitet, der die Zahl der Dienstjahre zur Grundlage nimmt, die gegenwärtig für die Altersversorgung nicht in Betracht kommen. Die erforderlichen Mittel werden sich 25 Jahre lang auf sieben Millionen Franc jährlich belaufen, welche die Gesellschaften durch Ausgabe von Obligationen, für die der Staat Garantie übernehmen wird, beschaffen können.

Erklärungen Pichons über die auswärtige Politik erwartet.

Paris, 20. Dezember. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß das Budget des Ministeriums des Äußern Freitag oder Sonnabend vormittag zur Besprechung kommen werde, da Pichon den lebhaften Wunsch habe, bevor die Kammern in die Ferien gehen, sich über die allgemeine auswärtige Politik auszusprechen, um angesichts der Kommentare, die in der europäischen Presse an die letzten politischen Begegnungen geknüpft worden sind, sich näher über die Lage Frankreichs zu verbreiten.

Unterstützung der Weinbauer.

Paris, 20. Dezember. Der Senat bewilligte einen Kredit von fünf Millionen für die Weinbauer, die unter den Unbilden der Witterung und unter Ueberschwemmungen litten haben.

Ministerrat.

Paris, 20. Dezember. In dem heute im Elysée abgehaltenen Ministerrat wurde General Lyauten zum Kommandeur des 10. Armeekorps ernannt. Kolonialminister Morel erläuterte die Absichten des Obersten Largeau zur Sicherung der Verteidigung der französischen Besitzungen in Zentralafrika und besonders zur Sicherung des Wadaigebietes vor den Einfällen der Nomadenstämme. Die Regierung wird Kredite zur Verstärkung der Besatzungstruppen im Tschadseegebiete, und zwar zur Erhöhung der Gesamteffektivstärke auf drei Bataillone zu je vier Kompagnieen entsprechend den Vorschlägen Largeaus fordern.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser traf gestern abend vom Neuen Palais aus hier ein, machte dem Reichskanzler einen Besuch und nahm später an dem Parforcejagddiner teil.

Heute vormittag empfing Se. Majestät der Kaiser den Marinemaler Prof. Willy Stoewer und Herrn Karl Weidekamp (Jerlohn) im Königlichen Schloß zur Ueberreichung des Werkes Die deutschen Hafenstädte. Im Anschluß daran besichtigte der Kaiser die Bilder Prof. Stoewers von der diesjährigen Nordlandreise. Mittags gegen 12 Uhr begab sich Se. Majestät, Allerhöchst welcher über Nacht in Berlin verblieben war, nach der Militärturnanstalt, um dem Schluß des Offizier-Fechtturniers beizuwohnen. Die Rückkehr nach dem Neuen Palais erfolgt Nachmittags.

* Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz hat vorgestern in Haidarabad bei dem Nizam das Diner eingenommen. — Nach der gestrigen Parade begab sich Seine Kaiserliche Hoheit nach dem Secunderabad Club, wo ihm zu Ehren ein Frühstück stattfand. — Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat bei dem gestrigen Empfang dem Nizam den Roten Adlerorden erster Klasse verreicht.

* Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd Lützow mit der Frau Kronprinzessin an Bord ist heute in Suez eingetroffen. Ihre Kaiserliche Hoheit ging an Land, um sich nach Kairo zu begeben.

* Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ist gestern vormittag 11 Uhr 15 Min., von Neu-Strelitz kommend, auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof eingetroffen.

* Die Fürstin zu Schwarzburg ist gestern vormittag 10 Uhr 30 Min. vom hiesigen Anhalter Bahnhof nach Rudolstadt abgereist.

* Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter ist heute früh in München eingetroffen und am Bahnhof vom preußischen Gesandten v. Schlözer empfangen worden. Nach der Ankunft empfing der Staatssekretär den Besuch des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Podewils, gab im Laufe des Vormittags seine Karte bei den Prinzen und den Ministern ab und stattete darauf dem Ministerpräsidenten seinen Gegenbesuch ab.

* Es wird bestätigt, daß der deutsche Gesandte in Stockholm, Graf Wedel, schon vor einiger Zeit den Wunsch ausgesprochen hat, in den Ruhestand zu treten. — Das Scheiden des Gesandten wird in Stockholm, so bemerkt hierzu die Neue politische Correspondenz, namentlich auch in der dortigen deutschen Kolonie, sehr bedauert. Die Vertreter der deutschen Presse, die auf der Rundreise durch Schweden Gelegenheit hatten, dem Gesandten und seiner Gemahlin näher zu treten, haben das gräfliche Paar in angenehmster und dankbarster Erinnerung."

npo. Dem Leiter der Personalabteilung des Reichskolonialamts Geheimen Oberregierungsrat Dr. Heinke ist das Großoffizierkreuz des Ordens der italienischen Krone verliehen worden.

* Dem Direktor der Landeskreditkasse in Kassel August von Sachs und dem Landesrat Dr. jur. Theodor Schroeder in Kassel ist der Charakter als Geheimer Regierungsrat verliehen worden.

* Die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Hameln, Regierungsbezirk Hannover, ist dem Regierungsassessor Dr. Schäfer in Berlinchen und dem Regierungsassessor Dr. von Bieler in Königsberg im Kreise Braunsberg, Regierungsbezirk Königsberg, übertragen worden.

* Der Landrat Graf Pilati v. Thassul zu Darberg in Hameln ist zum Oberregierungsrat ernannt und als solcher dem Regierungspräsidenten in Magdeburg zugeteilt worden. — Zur weiteren dienstlichen Verwendung sind überwiesen worden: der Regierungsassessor Friedrich Schmidt in Hörde der Regierung in Königsberg, der Regierungsrat Keller in Arnsberg der Regierung in Liegnitz.

* Zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften sind zugeteilt worden: die Regierungsassessoren v. Hertow-Vorbeck in Wetzlar dem Landrate des Landkreises Koblenz und v. Glisczynski in Frankfurt a. O. dem Landrate des Kreises Dinslaken, die neuernannten Regierungsassessoren v. Bornstedt aus Potsdam dem Landrate des Kreises Apenrade, Frhr. v. Tettau aus Merseburg dem Landrate des Kreises Marburg, Hempelmacher aus Posen dem Landrate des Kreises Neustadt a. Rbg., Schuster aus Hannover dem Landrate des Kreises Diepholz, Rieck aus Posen dem Landrate des Landkreises Wiesbaden. — Der Stadtsekretär Hermann Nakow in Hofgeismar ist zum Bürgermeister der Stadt Lassan auf Lebenszeit ernannt worden. — Der seitherige unbesoldete Beigeordnete der Stadt Namitsch, Georg Linz, ist in gleicher Eigenschaft auf eine fernere Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt worden. — Der bisherige zweite besoldete Beigeordnete Franz Dieckmann in Münster ist als erster besoldeter Beigeordneter (zweiter Bürgermeister) der Stadt Münster auf zwölf Jahre bestätigt worden.

* Der Oberregierungsrat Dr. Kretschmann in Magdeburg ist zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt worden.

* Der Landrat Dr. Klauser ist aus dem Kreise Bersenbrück, Regierungsbezirk Osnabrück, in den Kreis Höchst, Regierungsbezirk Wiesbaden, versetzt worden. — Dem Regierungsassessor v. Martius in Königsberg ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamts im Kreise Darkehmen, Regierungsbezirk Gumbinnen, und dem Regierungsassessor Römbild in Berlin die kommissarische Verwaltung des Landratsamts im Kreise Carthaus, Regierungsbezirk Danzig, übertragen worden.

* Die Regierungsreferendare v. Bornstedt aus Potsdam, Schuster aus Hannover, Rieck und Hempelmacher aus Posen, Frhr. v. Tettau aus Merseburg, Dr. jur. Sommer aus Kassel und Baron v. Löwenstern aus Potsdam haben die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

* Der Geheime Regierungsrat Haeckermann in Königsberg ist der Regierung in Minden, der Regierungsrat Voigtel in Münster der Regierung in Merseburg, der Regierungsrat Dr. Freiherr v. Gaudy in Minden der Regierung in Königsberg, der Regierungsrat Dr. Reuscher aus Breslau der Regierung in Stettin, der Regierungsassessor v. Götz in Geestemünde dem Oberpräsidium in Kassel, der Regierungsassessor Freiherr von der Goltz in Berlin der Regierung in Münster zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Den neuernannte Regierungsassessor Dr. Sommer aus Kassel ist der Polizeidirektion in Saarbrücken zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Die neuernannten Regierungsassessoren Baron v. Löwenstern aus Potsdam ist dem Landrat des Kreises Pleß, Dr. Fuhrmann aus Köln dem Landrat des Kreises Kösslin und Borchers aus Hannover dem Landrat des Kreises Glatz zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugeteilt worden.

* Dem Polizeidirektionskommissar Karl Klug in Wreschen ist der Charakter als Polizeirat verliehen worden.

* Dem Oberbürgermeister Dr. Brüning in Beuthen O.-S. ist das Recht zum Tragen der goldenen Amtskette verliehen worden. — Der bisherige besoldete Beigeordnete (zweite Bürgermeister) Dr. Rudolf Stapenhorst in Bielefeld ist als erster Bürgermeister der Stadt Bielefeld auf zwölf Jahre bestätigt worden. Zugleich ist ihm der Titel „Oberbürgermeister" verliehen worden.

* Der Inspektor Apitz bei der Strafanstalt in Groß-Strehlitz ist zum Strafanstaltsvorsteher besoldet von dem 1. Dezember 1910 ab an das Gefängnis in Saarbrücken versetzt worden. — Der Strafanstaltssekretär Richter ist zum Strafanstaltsinspektor ernannt. Demselben ist vom 1. Dezember 1910 ab die bisher kommissarisch von ihm verwaltete Inspektorstelle bei der Strafanstalt in Groß-Strehlitz verliehen worden.

* Dem Präsidenten des Konsistoriums der Rheinprovinz Peter in Koblenz, dem Präsidenten des Konsistoriums der Provinz Sachsen v. Doemming in Magdeburg und dem Präsidenten des Konsistoriums der Provinz Westfalen v. Sydow in Münster ist der Amtsrang der Räte zweiter Klasse verliehen worden. — Der in die Oberpfarr- und Oberkirchenrätestelle zu München berufene Superintendent Hellwig, bisher in Arendsee, ist zum Superintendenten der Diözese München, Regierungsbezirk Merseburg, bestellt worden.

* Dem Regierungsassessor Franken in Köln ist die Stelle eines Vorstandes bei dem Stempel- und Erbschaftssteueramt in Köln und dem Regierungsassessor Dr. Butzke in Stettin eine solche Stelle bei dem Stempel- und Erbschaftssteueramt in Stettin verliehen worden.

* Dem Oberzollinspektor, Regierungsassessor Rühe in Hadersleben ist die Stelle eines Mitgliedes bei der Königlichen Oberzolldirektion in Breslau verliehen worden. — Dem bei der Königlichen Oberzolldirektion in Berlin beschäftigten Regierungsassessor Zellmer ist die Stelle des Oberzollinspektors in Hadersleben verliehen worden.

* Zu Regierungsbaumeistern sind ernannt: die Regierungsbauführer des Eisenbahnbaufaches Karl Wehrspan aus Sangerhausen, Walter Blanck aus Duisburg, die Regierungsbauführer Walter Voigt aus Marienhe, Kreis Westhavelland (Hochbaufach), Heinrich Gronberg aus Oldenburg, Rudolf Zehn aus Frankfurt a. M. und Arno Frankenberg aus Klein-Alsleben, Kreis Ballenstedt (Wasser- und Straßenbaufach). — Dem Regierungsbaumeister des Hochbaufaches Adolf Stern in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt worden.

* Zu Regierungsbaumeistern sind ernannt: die Regierungsbauführer Rudolf Berger aus Hannover (Eisenbahnbaufach), Ludwig Köpke aus Holzminden und Fritz Oderbeck aus Magdeburg (Maschinenbaufach). — Dem Regierungsbaumeister des Eisenbahnbaufaches Erasmus Berr in Duala (Kamerun) ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt. — Der Regierungs- und Baurat Möser, Mitglied der Eisenbahndirektion in Halle a. S., ist gestorben.

* Anläßlich des Heimganges des Vizeadmirals Frhrn. v. Schleinitz erhielt dessen ältester Sohn, Hauptmann und Kompaniechef im Großherzoglich Mecklenburgischen Grenadierregiment Nr. 89, folgendes Beileidstelegramm Sr. Majestät des Kaisers:

„Die Meldung vom Tode Ihres Herrn Vaters, dessen Verdienste um Meine Marine wie um die geographische Wissenschaft Mir immer gegenwärtig sein werden, erfüllt Mich mit aufrichtiger Trauer. Ich bitte Sie, für sich selbst und alle Angehörigen der Familie den Ausdruck Meines herzlichsten Beileids entgegenzunehmen. Neues Palais.

Wilhelm I. R."

Deutsches Reich.

* Unter der Ueberschrift „Schonung der kleinen Einkommen in Preußen" findet sich in einer Tageszeitung ein Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß in maßgebenden Kreisen der preußischen Finanzpolitik gegenwärtig der Plan erwogen werde, die untersten vier Stufen der Einkommensteuer demnächst fallen zu lassen, also die Einkommen bis zu 1500 M von der Besteuerung zu entbinden. Obschon die näheren Ausführungen ohne weiteres erkennen lassen, daß die der Nachricht zu Grunde liegenden Informationen nicht aus amtlichen Kreisen stammen können, erscheint der ausdrückliche Hinweis angezeigt, daß Erwägungen der in dem Artikel angedeuteten Art schon aus rein finanziellen Gründen bei der preußischen Finanzverwaltung nicht in Frage gekommen sind.

* Vom Gesamtkollegium der Zentralstelle für Landwirtschaft in Württemberg, das am 19. d. zu Stuttgart in Gegenwart des Ministers des Innern verhandelte, wurde, wie der Schwäbische Merkur berichtet, einstimmig beschlossen, zur allmählichen Ausschaltung des Zwischenhandels eine Viehverwertungszentrale für das ganze Land zu schaffen. Ferner hat das Kollegium einstimmig eine Erklärung angenommen, die von dem Standpunkte aus, daß die Zulassung fremden Schlachtviehs für die einheimische Fleischproduktion nachteilig sei, die Regierung auffordert, die Zulassung des Rindviehs allmählich und bei Schweinen tunlichst bald zurückzuziehen.

* Einem näheren Bericht im Leipziger Tageblatt über den Verlauf der Konferenz in Dresden aus Anlaß der Fleischpreise ist noch zu entnehmen: Ursache der Fleischteuerung ist zunächst der in dem vorhergehenden Jahre eingetretene Futtermangel, der unsere Landwirte zur Abschaffung von Vieh zwang, wie der Futtermangel des Jahres 1909 überhaupt einen Viehmangel als allgemeine europäische Erscheinung zeitigte. Infolge der in diesem Jahre gemachten guten Futterernte sind nun die Landwirte dazu übergegangen, Vieh aufzuziehen, so daß jetzt nach weniger Vieh zum Verkauf gestellt wird. Die Ställe der Landwirte haben sich zwar demgemäß wieder mit Vieh gefüllt, so daß ein eigentlicher Viehmangel im Lande nicht herrscht. Wohl aber fehlt es, außer bei den Schweinen, die in genügender Zahl vorhanden sind, an schlachtreifem Vieh. Es ist also kein quantitativer, wohl aber ein qualitativer Viehmangel vorhanden, der zu einem Mangel an Fleisch geführt hat. Das jetzt tatsächlich zum Verkauf gebrachte Vieh gibt für den Fleischer nur eine geringere Schlachtausbeute, so daß weniger Fleisch nur zu teueren Preisen auf den Markt kommen kann. Die Landwirte dürfen aber hoffen, auch qualitativ liefern zu können, womit die Fleischteuerung gemindert würde. Der Referent des Ministeriums wies auch unwidersprochen darauf hin, daß in erfreulicher Weise schon jetzt die Viehpreise eine fallende Tendenz zeigen, von der abzuwarten bleibt, ob sie anhält. Besonders bemerkenswert ist, daß Schweineschlachtviehpreise, die schon seit Oktober d. J., wo sie ihren Höhepunkt erreicht hatten, damit aber noch nicht auf die gleiche Preishöhe wie im Herbst vorigen Jahres